

Kerstin Engelhardt,  
Norbert Reichling (Hrsg.)

# Eigensinn in der DDR- Provinz

**Vier Lokalstudien über  
Nonkonformität und Opposition**



**WOCHEN  
SCHAU**

**WISSENSCHAFT**

Kerstin Engelhardt, Norbert Reichling (Hrsg.)

# Eigensinn in der DDR-Provinz

Vier Lokalstudien über Nonkonformität und Opposition



**WOCHEN  
SCHAU  
WISSENSCHAFT**

## **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Gedruckt mit Unterstützung der  
Bundesstiftung für die Aufarbeitung der SED-Diktatur**

**BUNDESSTIFTUNG  
AUFARBEITUNG** 

**Der Veröffentlichung liegt eine vom Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer geförderte Studie zugrunde.**



Der Beauftragte der Bundesregierung  
für die Neuen Bundesländer

© by WOCHENSCHAU Verlag  
Schwalbach/Ts. 2011

**[www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)**

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder in einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Umschlaggestaltung: Ohl Design  
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier  
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag  
ISBN 978-3-8997-4681-5 (Buch)  
ISBN 978-3-7344-0137-4 (E-Book)

# Inhalt

*Kerstin Engelhardt und Norbert Reichling*

<b>Vorbemerkung</b> .....	6
---------------------------	---

*Forschungsgruppe*

<b>Einführung</b> .....	9
-------------------------	---

*Janka Kuball*

## **Der Kulturbund Altlandsberg**

### **Stadtpflege und Umweltschutz unter dem Dach**

<b>einer staatlichen Organisation</b> .....	20
Forschungssituation .....	20
Der Kulturbund in der DDR .....	22
Die Kommune .....	24
Die Gruppe und ihre Entwicklung .....	27
Biographische Wege .....	45
<i>Birgit F. (geb. 1949)</i> .....	45
<i>Marianne E. (geb. 1948)</i> .....	50
<i>Klaus N. (geb. 1951)</i> .....	56
Fazit .....	63
Literatur .....	66
Archive .....	67

*Andreas Wagner*

## **Das Ökumenische Zentrum für Umweltarbeit Wismar.**

<b>Eine kirchliche Basisgruppe in der DDR-Endphase</b> .....	69
Forschungssituation .....	70
Die Kommune .....	73
Die Gruppe und ihre Entwicklung .....	78
Biographische Wege .....	96
<i>Guntram E. (geb. 1954)</i> .....	96
<i>Heidlore C. (geb. 1957)</i> .....	107
<i>Ulrich B. (geb. 1960)</i> .....	114
<i>Corinna E. (geb. 1970)</i> .....	125
Fazit .....	134
Literatur .....	136
Archive .....	138

*Armin Steil und Kerstin Palloks*

**Von der Gegenkultur zur politischen Opposition:**

<b>Die Gründungsgruppe des ‚Neuen Forum‘ in Aue/Erzgebirge ...</b>	140
Kommune und Region .....	140
Die Gruppe und ihre Entwicklung .....	143
Biographische Wege .....	172
<i>Lutz S. (geb. 1961)</i> .....	173
<i>Gerd B. (geb. 1959)</i> .....	179
<i>Volker K. (geb. 1947)</i> .....	187
Fazit .....	195
Literatur .....	201
Archiv .....	202

*Norbert Reichling*

**„Wir waren eigentlich die Normalen.“**

<b>Der Montagskreis in Meiningen/Thüringen .....</b>	204
Forschungssituation .....	204
Kommune und Region .....	207
Die Gruppe und ihre Entwicklung .....	212
Biographische Wege .....	241
<i>Ulrich T. (geb. 1953)</i> .....	241
<i>Oliver B. (geb. 1963)</i> .....	251
<i>Susanne K. (geb. 1966)</i> .....	259
<i>Kathrin S. (geb. 1966)</i> .....	268
Fazit .....	278
Literatur .....	283
Archive .....	287

*Forschungsgruppe*

<b>Resümee und Ausblick .....</b>	289
-----------------------------------	-----

<b>Autorinnen und Autoren .....</b>	302
-------------------------------------	-----

# Vorbemerkung

## Vorbemerkung

Die DDR-Geschichte wird zunehmend in ihren verschiedenen Facetten erforscht. Anlässlich des 20. Jahrestages der Friedlichen Revolution 2009 rückte speziell das widerständige Verhalten von Gruppen und Individuen in den 1980er Jahren in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, und hier primär das oppositionelle Engagement in städtischen Zentren wie Berlin, Leipzig oder Potsdam. Doch darüber hinaus existierte eine Vielzahl von Gruppen, die sich abseits der großen Städte für Anliegen wie Frieden, Naturschutz oder Stadterhaltung einsetzten; oftmals, ohne sich selbst als politisch oppositionell oder das Engagement als politisch zu begreifen. Viele von ihnen gerieten durch ihr eigensinniges, non-konformes Verhalten in das Visier der staatlichen Repressionsorgane, schließlich unter Repressionsdruck. In der Konsequenz radikalisierten sich manche dieser Gruppen und wurden am Ende der DDR Teil der Oppositionsbewegung.

Die vorliegende Publikation berichtet über vier bis dahin nicht erforschte Initiativen, die sich in Ostdeutschland abseits der großen Städte zusammengefunden und in den 1980er Jahren für unterschiedliche Themen engagiert hatten. Dieses Engagement fand unabhängig von oder in Abgrenzung zu staatlich normierten und kontrollierten Aktivitäten statt. Jede Gruppe besaß ihre je spezifische Motivation und Themenstellung, und jede Gruppe nahm eine eigene Entwicklung.

Die Beschreibung und wissenschaftliche Analyse der vier Beispiele ist unser Hauptanliegen. Im Zentrum stehen dabei die jeweilige Gruppengeschichte in ihrem kommunalen und regionalen Bezug sowie die exemplarische themenrelevante Analyse von je drei bis vier biographischen Entwicklungen ehemaliger Gruppenangehöriger pro Gruppe. Den Mittelpunkt der Darstellung und Analyse der individuellen Lebensläufe bilden die biographischen Entwicklungen, zentralen Erfahrungen und individuellen Deutungen. Vor allem die Engagement-Entwicklung der jeweiligen Person wird hier beachtet, der Erzählstrang erstreckt sich bis zur Gegenwart.

Bei den untersuchten Gruppen handelt es sich um den Kulturbund in Altlandsberg (Brandenburg), das Ökumenische Zentrum für Umweltarbeit in Wismar (Mecklenburg-Vorpommern), die Gründungsgruppe des „Neuen Forums“ in Aue/Erzgebirge (Sachsen), sowie den „Montagskreis“ in Meiningen (Thüringen).

Dokumentiert werden hier die Ergebnisse des zweijährigen interdisziplinären Forschungsprojektes „Erinnerungskultur und Zivilgesellschaft in Ostdeutschland – Lokale Erfahrungen“. Der Forschungsansatz – eine Verbindung von regional- und kommunalgeschichtlicher mit biographischer Methodik – und die Zwischenergebnisse der Studie wurden auf zwei bundesweiten Konferenzen 2008 in Berlin und 2009 in Potsdam interessierten Bürger/innen und der Fachöffentlichkeit vorgestellt. Ein weiterer Projektbaustein bestand in der Erarbeitung der Handreichung „Engagiert in Ostdeutschland. Leitfaden für lokale Geschichtsprojekte“, im Internet abzurufen unter [www.engagiert-in-ostdeutschland.socius.de](http://www.engagiert-in-ostdeutschland.socius.de).

Träger des Forschungsvorhabens war der „Verbund SoPro & Partner“: Er umfasste SoPro e.V. – Soziale Projekte in Ostdeutschland (Rosswein), das Bildungswerk der Humanistischen Union Nordrhein-Westfalen (Essen), Politische Memorialia Mecklenburg-Vorpommern e.V., (Schwerin), SOCIUS Organisationsberatung gGmbH, Berlin, sowie zwei freiberufliche Sozialwissenschaftler/innen. Gefördert wurde das Projekt 2008 bis 2010 vom Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer. Die vier Fallstudien wurden von den hier genannten Autorinnen und Autoren erarbeitet, Prof. Dr. Matthias Pfüller unterstützte die Forschung übergreifend. Die wissenschaftliche und organisatorische Projektleitung lag bei Kerstin Engelhardt.

Wir bedanken uns für die Förderung des Projekts beim Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer. Gabriela Weinhold (So-Pro e.V.) sind wir für die Projektadministration sehr zu Dank verpflichtet, Taina Sivonen für die zuverlässige Transkription unserer Interviews. Der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur danken wir für die Unterstützung dieser Veröffentlichung, dem Wochenschau Verlag für sein Interesse an diesem Thema.



# Einführung

## Einführung

In diesem Band werden vier Fallstudien über unangepasste Gruppenaktivitäten in der späten DDR vorgestellt. Der Fokus der Analysen liegt jeweils auf der Gruppengeschichte sowie der exemplarischen biographischen Analyse einiger Mitglieder.

Sowohl die Erforschung der DDR-Opposition als auch die Analyse von alltäglichen Resistenzen in der DDR-Gesellschaft sind weite Themenfelder, in denen unsere exemplarischen lokalen Studien zu verorten sind. Das Forschungsdesign und die Analysekriterien wurden von der Forschungsgruppe in den ersten Monaten des Projekts gemeinsam entwickelt. Dabei waren neben dem wissenschaftlichen Diskussionsstand auch pragmatische Fragen (wie Projektlaufzeit und Auskunftsbereitschaft der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen<sup>2</sup>) abzuwägen.

Wir näherten uns unserem Untersuchungsgegenstand zunächst über die Entwicklung von Kriterien für die Auswahl der zu erforschenden Gruppen: Regionale Streuung (je eine Fallstudie pro Bundesland), thematische Vielfalt, unterschiedliche Handlungsformen, verschiedene Milieus, Auskunftsbereitschaft sowie Geschlecht der Zeitzeug/innen waren zu berücksichtigen.<sup>3</sup> Die dann vorgenommene Identifizierung der Gruppen erfolgte über Literatur, Medien- und Internetrecherche sowie über die Befragung in regionaler

- 
- 1 Einführung und Resümee dieses Bandes werden von der gesamten Forschungsgruppe des zugrunde liegenden Projekts verantwortet. Das Team bestand aus: Kerstin Engelhardt, Janka Kuball, Kerstin Palloks, Matthias Pfüller, Norbert Reichling, Armin Steil und Andreas Wagner.
  - 2 Die Mitglieder der Forschungsgruppe sind um eine angemessene Berücksichtigung beider Geschlechter bemüht. In der Frage der sprachlichen Mittel sind auch wir dabei nicht zu einer letztlich alle Autorinnen und Autoren zufrieden stellenden Lösung gelangt, so dass wir die Leser/innen um Nachsicht für unsere Inkonsequenz bitten.
  - 3 Leider wird in der Mehrzahl der themenrelevanten Fachliteratur keine Differenzierung zwischen Frauen und Männern vorgenommen, so dass bislang kaum Aussagen über den spezifischen Beitrag ostdeutscher Frauen an solchen Aktivitäten getroffen werden können. Werden nicht explizit Frauengruppen oder die Wege einzelner Frauen untersucht, verschwinden Frauen als historische Subjekte zumeist in den Darstellungen und die Geschichte der DDR-Opposition wird als eine Geschichte von Männern geschrieben. Wir haben deshalb bewusst darauf geachtet, auch ehemals aktive Frauen in die Untersuchung einzubeziehen.

Geschichte bewanderter Expert/innen. War eine für unsere Untersuchung interessante Gruppe ermittelt, wurden Gespräche mit Expert/innen der jeweiligen Kommune geführt, die Auskunft über die Gruppe geben und beteiligte Personen nennen, zum Teil auch die Kontakte zu Zeitzeug/innen herstellen konnten bzw. sich dann in einigen wenigen Fällen selbst als Gesprächspartner/innen zur Verfügung stellten.

Die Bereitschaft mehrerer ehemaliger Gruppenangehöriger pro Gruppe, sich befragen zu lassen und die Befragungsergebnisse für die wissenschaftliche Forschung und mögliche Bildungszwecke zur Verfügung zu stellen, und die Relevanz der jeweiligen Gruppenzugehörigkeit (zeitliche Dauer, Leben am Ort zur Zeit der Friedlichen Revolution, zumindest zeitweilig aktives Engagement im Rahmen der Gruppe) waren Voraussetzungen unserer Auswahl von zu Befragenden.

Grundsätzlich gestalteten sich die Zugänge zu ehemaligen Gruppenmitgliedern sehr unterschiedlich. Z.B. waren manche ehemalige Gruppenangehörige nur schwer auffindbar, oder die Motivation für eine Befragung war zögerlich und es bedurfte der Überzeugungsarbeit.<sup>4</sup> Um die Bereitschaft zur Unterstützung unseres Forschungsprojektes zu erhöhen, boten wir den Zeitzeug/innen Anonymität der Person an, die in den Fallstudien erwähnten Personen sind daher i.d.R. anonymisiert.

Die Untersuchung der jeweiligen Gruppe beinhaltete zum einen Befragungen und Interviews von Expert/innen und Zeitzeug/innen, wobei letztere als eine Mischung aus narrativen und themenzentrierten Gesprächen angelegt waren, zum anderen die Literatur-, Archiv-, Internet- und Medienrecherche sowie die Auswertung der von Zeitzeug/innen zur Verfügung gestellten Dokumente. Zudem wurden Anträge auf Akteneinsicht bei der BStU bzw. den Zweigstellen in den Ländern gestellt. Die Interviews wurden im Gesamtteam vorbesprochen und koordiniert; der Durchführung gingen ausführliche Vorgespräche mit den betreffenden Personen voraus. Zusätzlich wurden – wie auch zu einzelnen Expert/innen-Befragungen – Gesprächsprotokolle angefertigt. Die anschließend gefertigten Transkriptionen der Zeitzeug/innen-Interviews wurden überprüft und grob sprachlich korrigiert; sodann erfolgte eine weitere Redaktion im Sinn sprachlicher Glättung.

---

4 U.a. diesem Umstand sowie dem Faktum, dass es sich bis zum Herbst 1989 um eine informelle Gruppe handelte, die es sinnvoll erschienen ließ, eine größere Anzahl ehemaliger Gruppenangehöriger zu befragen, ist es geschuldet, dass die Fallstudie Sachsen in diesem Punkt von den anderen Studien abweicht: Befragt wurden hier insgesamt sieben Zeitzeug/innen, im Rahmen der anderen Fallstudien jeweils drei bis vier.

Zu berücksichtigen ist grundsätzlich, dass unsere Ergebnisse neben zugänglichen Dokumenten und schon vorhandener Forschungsliteratur maßgeblich auf den Aussagen derjenigen ehemaligen Gruppenmitglieder beruhen, die aufgefunden werden konnten und sich befragen lassen mochten. So konnte etwa eine wesentliche Perspektive im Rahmen dieses Forschungsvorhabens nicht eingeholt werden: die Perspektive noch vor 1989 ausgereister Gruppenmitglieder. Solche Grenzen sind bezüglich möglicher Generalisierungen auf der Basis dieser Studie zu berücksichtigen.

## Zur Forschungssituation

Für die Einordnung unseres Forschungsprojekts gilt es insbesondere die Situation in der DDR in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in Betracht zu ziehen: die außenpolitischen Entwicklungen, die tiefe innenpolitische Krise, die die ideologischen Bindungskräfte des SED-Systems brüchig werden ließen, die Fluchtbewegung und schließlich das Entstehen und Erstarken systemnonkonformer und oppositioneller Gruppen.

Zahlreiche Monografien, eine Vielzahl von Sammelbänden, Quelleneditionen und nicht zuletzt die Berichte der beiden Bundestags-Enquetekommissionen bieten dazu umfangreiches Material. Auch die für unser Projekt besonders relevante „Literatur zu Opposition, Widerstand und politischer Strafverfolgung einschließlich der Haft in der DDR ist immens und mittlerweile kaum noch für Fachleute überschaubar“, beschreibt Ilko-Sascha Kowalczyk 2009 die aktuelle Forschungssituation.<sup>5</sup> Ein Gesamtüberblick über die Entwicklung nonkonformen Engagements und Opposition in den 80er Jahren, der alle Aktivitäten auf lokaler Ebene erfasst, existiert nicht. Die publizierte Forschungsliteratur zur Oppositionsgeschichte der DDR und zur (Vor-) Geschichte des Umbruchs von 1989 ist zumeist auf die Entwicklungen in den großen Städten wie Berlin, Leipzig oder den anderen ehemaligen Bezirkshauptstädten konzentriert, so dass grundsätzlich ein erheblicher Nachholbedarf an Recherche in der „Provinz“ besteht. Auch wenn mittlerweile einige regionalgeschichtliche Publikationen zu dieser Frage vorliegen (z.B. Nooke 2008), so ist der Blick auf den lokalen Raum abseits der großen Städte immer noch die Ausnahme: „Regionalforschung ist bis

---

5 sehepunkte. Rezensionjournal für die Geisteswissenschaften. Ausgabe 9, 2009, Nr. 4. <http://www.sehepunkte.de/2009/04/15011.html>. Abruf 20.06.09.

heute Pionierarbeit.“<sup>6</sup> Daran haben auch die gedenkintensiven Jahre 2009 und 2010 wenig geändert.

Die Forschungsliteratur zur Opposition diskutiert im Wesentlichen drei Anliegen:

- Überblicksversuche und eine konzeptionelle Einordnung der DDR-Opposition (zum Teil unter Einschluss von Typologisierungsansätzen),
- die Frage der Spezifik bzw. der grenzüberschreitenden Einflüsse aus der BRD, der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Länder sowie
- das Thema der Folgewirkungen vorherigen nonkonformen Engagements von DDR-Bürger/innen in den Prozessen des Revolutionsjahres 1989.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurde ein hermeneutisch offener Ansatz gewählt; ob es sich bei dem untersuchten Engagement um Widerstand, Opposition, Verweigerung, Resistenz, Widerspruch, Devianz, Eigensinn, Dissidenz, soziale Bewegungen, „sozialethische Gruppen“ etc. handelte, war im Einzelfall zu klären. Für eine solche konzeptionelle Offenheit der Analyse, einschließlich des Blicks auf generationelle, geschlechtsspezifische und Milieufaktoren, plädiert auch die Mehrzahl der Autor/innen in der Forschungsliteratur – zumal Kontroversen über die o.g. begrifflichen Zuschreibungen existieren und eine begriffliche Einigung nicht in Sicht ist.<sup>7</sup> Es besteht aber weitgehend Einvernehmen darüber, dass für eine Berücksichtigung von Engagement in diesem Kontext ein gewisses Maß an Kontinuität und Öffentlichkeit der Aktivitäten (dazu Kowalczuk 2002 und 2009) sowie ein „Kampf um Deutungen“ oder, vorsichtiger formuliert, eine Auseinandersetzung mit zentralen Annahmen der vorherrschenden SED-Ideologie und -Machtpraxis gegeben sein sollten.

Tatsächlich, so viel lässt sich als Desiderat der Forschungsliteratur formulieren, waren die ideologischen und legitimatorischen Bezugspunkte der Oppositionellen vielfältig und in Entwicklung begriffen sowie, neben einer Minderheit offener „Systemgegner/innen“, zu großen Teilen bis 1990 der Utopie eines „Dritten Weges“ oder eines „verbesserlichen Sozialismus“ (so eine einflussreiche Formel von Heino Falcke, Probst der Evangelischen Kirche in Thüringen) und legalistischen Strategien verpflichtet. (Vgl. Jander/Voß 1995: 903 ff.) Das Ziel war es, die DDR zu reformieren und zu demokratisieren.<sup>8</sup>

---

6 Hausteil, Petra: <http://www.horch-und-guck.info/hug/archiv/2008-2009/heft-62/06219/>. Abruf 06.01.2010.

7 Vgl. u.a. Knabe 1996; Gutzeit 1997; Neubert 2003; Wielgohs 2008; Workshop BStU, 5.11.08, „Widerstand im Alltag – Alltag des Widerstands“, Berlin.

8 Vgl. Abgehauen. In der Opposition war die DDR-Flucht umstritten. In: Der Tagespiegel vom 26.07.2009.

Dieser Befund wird eindeutig durch unsere Forschungsergebnisse gestützt. Auch favorisierten die meisten Oppositionellen, so arbeitet Ilko-Sascha Kowalczuk in seinem Überblickswerk „Endspiel“ außerdem heraus, „Gesellschaftsmodelle, die sich als Mischformen verschiedener anderer darstellten und so immer nebulös blieben.“ (Kowalczuk 2009: 357)

In jüngerer Zeit wenden sich Beiträge verstärkt der Frage nach dem „Innenleben“, der Entwicklung und den Begründungs- und Argumentationssträngen der Opposition zu, die auch in unserem Untersuchungsarrangement eine wichtige Rolle spielen.<sup>9</sup> Dennoch bleibt vorläufig dieses Resümee zutreffend: „Die konkrete Lebenswelt Oppositioneller wird in der bisherigen Forschung zu Opposition, Resistenz und Widerstand in der SED-Diktatur kaum untersucht... Es sind eigene Lebenswelten, mit mehr oder weniger Abstand zum Alltag der Mehrheitsgesellschaft.“<sup>10</sup> Auch diese perspektivische Lücke vermag unsere biographische Annäherung partiell auszufüllen.

Der in unserem Projekt eingeschlagene Weg, „Entwicklungsgeschichten“ nonkonformer Gruppen u.a. auf der Basis von Interviews zu beschreiben, trägt dem Umstand Rechnung, dass individuelle, lebensweltliche und subkulturelle Faktoren – jedenfalls seit dem Ende der 1970er Jahre – konstitutiv für die Herausbildung unangepasster Szenen und Gruppen gewesen sind.<sup>11</sup> Insbesondere die Erfahrungen von Selbstorganisation, von alltäglicher Selbstbestimmung und „Wahrhaftigkeit“ sowie von gemeinsamen Bildungs- und Entwicklungsprozessen waren es, die Einzelne und Gruppen zu wichtigen Handlungskernen im Jahr 1989 (und z.T. auch darüber hinaus) gemacht haben. Bezüglich solcher Entwicklungen und ihres Vergleichs besteht aber immer noch ein Forschungsdefizit.<sup>12</sup>

Die im Rahmen der Fallstudien beschriebenen Gruppenentwicklungen vollzogen sich in einem historischen Kontext, der ganz wesentlich durch die Reformpolitik des seit 1985 amtierenden KPdSU-Chefs Michael Gorbatschow beeinflusst wurde. Die innenpolitisch starre SED-Führung geriet durch die sowjetische Reformpolitik unter politischen Handlungsdruck. Für viele DDR-Bürger/innen verband sich mit der sowjetischen Entwicklung eine Hoffnung auf Veränderungen in der DDR. Parallel vertiefte sich die innenpolitische Krise der DDR, die sich immer mehr von dem sowjetischen Reformkurs abkoppelte und durch wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten und innenpolitische Blockaden gekennzeichnet war.

---

9 S. z.B. Richter 2007; Neubert/Eisenfeld 2001; Rüchel/Klähn 2009.

10 Editorial der Redaktion zu: Horch und Guck, Heft 65 (3/2009), 1.

11 Vgl. u.a. Rauhut/Kochan 2004, Wurschi 2008 ; Neubert 2003: 421.

12 Ansgor/Gehrke/Klein 2009: 20ff; Florath u.a. 2007: 305f.

In dieser Situation erweiterte sich der Spielraum für eigensinniges Engagement und für oppositionelle Initiativen. Auf der einen Seite musste die SED-Führung vermehrt Rücksicht auf die internationale und bundesdeutsche Wahrnehmung nehmen, auf der anderen Seite erhöhte sich der oppositionelle Druck auf das System. Der Olof-Palme-Friedensmarsch 1987, der staatliche Überfall auf die Berliner Umweltbibliothek November 1987, die Verhaftungen während der Rosa-Luxemburg-Demonstration Anfang 1988 sowie die Aufdeckung des Wahlbetrugs bei der Kommunalwahl Mai 1989 markierten wichtige Einschnitte im Verhältnis zwischen Opposition und SED-Staat und führten zu einem Anwachsen der Oppositionsbewegung (Neubert 1997: 645 ff.).

Der Druck auf den Staat und zum Teil auch auf das Agieren von non-konformen wie oppositionellen Gruppen erhöhte sich außerdem durch den wachsenden Anteil an Ausreisewilligen, zu denen sowohl die Gruppen als auch die Staatsmacht eine Haltung einnehmen mussten.

Die Tatsache, dass in der DDR aus kleinen Zeichen des Eigensinns und Widerspruchs heraus oft erst durch die restriktive Politik der SED und der Staatsorgane in einem Prozess von Ausgrenzungen eine „nichtintendierte Opposition“ produziert wurde und dass sich Widerspruch fast immer in der Interaktion mit dem Repressionssystem entwickelte,<sup>13</sup> wird oft als besonders kennzeichnend für den Typus der DDR-Repression betont.<sup>14</sup> Auch unsere Forschungsergebnisse stützen diese Aussage weitgehend; allerdings gilt es dabei zu berücksichtigen – wie auch bei anderen Aussagen der Projekt-Zeitzeug/innen –, dass sich die heutigen Erfahrungsverarbeitungen und Identitätskonstruktionen von den früheren Selbstbildern und Deutungen unterscheiden (können).

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sich unsere Untersuchungen in eine Landkarte gegenwärtiger Forschung einordnen, die zunehmend den lokalen Raum abseits der großen Städte in den Blick nimmt: eine Forschung, die Formen von Engagement zu erfassen versucht, die sich nicht immer eindeutig als Opposition kategorisieren lassen, sondern in dessen Zentrum primär Selbstbehauptung und Interessenvertretung stehen – unabhängig davon, wie nah oder fern des Systems sich die Akteur/innen damals selbst definierten.<sup>15</sup>

---

13 Vgl. Poppe 2009: 93 ff.; Richter 2007: 26 ff.; Eckert 2006: 12 ff.

14 Vgl. Kraushaar 2002.

15 Workshop BStU, 5.11.2008, „Widerstand im Alltag – Alltag des Widerstands“, Berlin. Bei diesem Workshop wurden einige solcher aktuellen Forschungsprojekte vorgestellt.

## Literatur

- Ansorg, Leonore/Gehrke, Bernd/Klein, Thomas (Hg.): „Das Land ist still – noch!“ Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971-1989). Köln 2009.
- Backhaus-Maul, Holger/Ebert, Olaf/Jacob, Gisela/Olk, Thomas (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven. Opladen 2003.
- Bauer, Babett: Kontrolle und Repression. Individuelle Erfahrungen in der DDR 1971-1989. Göttingen 2006.
- Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in D. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin 2009.
- Borries, Friedrich von/Fischer, Jens-Uwe: Sozialistische Cowboys. Der Wilde Westen Ostdeutschlands. Frankfurt am Main 2008.
- Demke, Elena Zwischen Überfrachtung und Unterschätzung: DDR-Geschichte, widerständiges Verhalten und Bildungsarbeit. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 2/2010 (), S. 96-100.
- Dies.: Die Friedliche Revolution 1989/90. Quellen – Fragen – Kontexte (Werkstatt DDR-Geschichte für die Schule 3), Berlin LStU/LISUM.
- Demografischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, im Auftrag vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin 2009. [http://www.bmvbs.de/Anlage/original\\_1082377/Demografischer-Wandel-Ein-Politikvorschlag-unter-besonderer-Beruecksichtigung-der-neuen-Laender.pdf](http://www.bmvbs.de/Anlage/original_1082377/Demografischer-Wandel-Ein-Politikvorschlag-unter-besonderer-Beruecksichtigung-der-neuen-Laender.pdf). Abruf 10.10.2009
- Eckert, Rainer: Antitotalitärer Widerstand und kommunistische Repression. Leipzig 2006.
- Editorial der Redaktion zu: Horch und Guck, Heft 65 (3/2009), 1.
- Eisenfeld, Bernd/Neubert, Ehrhart (Hg.): Macht Ohnmacht Gegenmacht: Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR. Bremen 2001.
- Engagement in der ostdeutschen Bürgerbewegung in den 1980er Jahren. Ein Gespräch mit Dr. Carlo Jordan, ASTAK Forschungs- und Gedenkstätte Berlin-Normannenstraße. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 2/2010 (), S. 85-87.
- Florath, Bernd u.a.: Perspektiven künftiger Oppositionsforschung, in: Deutschland Archiv, Heft 2/2007; S. 301-306.
- Fricke, Karl Wilhelm: Opposition und Widerstand in der DDR: Ein politischer Report. Köln 1984.
- Furian, Gilbert/Becker, Nikolaus: „Auch im Osten trägt man Westen“. Punks in der DDR – und was aus ihnen geworden ist. Berlin 2000.
- Geisel, Christof: Auf der Suche nach einem Dritten Weg., Das politische Selbstverständnis der DDR-Opposition in den 80er Jahren. Berlin 2005.
- Ders.: Siegreiche Revolutionäre oder Opfer der Wiedervereinigung? In: Ansorg/Gehrke/Klein 2009, S. 267-290.



- Gensicke, Thomas u.a.: Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde, 2009.
- Ders.: Indikatoren zur Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 2/2010
- Gehrke, Bernd (Hg.): ...das war doch nicht unsere Alternative: DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende. Münster 1999.
- Getzeit, Martin: Möglichkeit und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns und die friedliche Revolution im Herbst 1989, in: Drechsler, Ingrid u.a. (Hg.): Getrennte Vergangenheit, gemeinsame Zukunft. Ausgewählte Dokumente, Zeitzeugenberichte und Analyse der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. II, München 1997, S. 114-178.
- Heuer, Wolfgang: Zivilcourage und Habitus: Öffentlicher Mut in der DDR. In: Meyer, Ger/Doermann, Ulrich/Frech, Siegfried/Gugel, Günther (Hg.): Zivilcourage lernen. Analysen - Modell - Arbeitshilfen. 2004, S. 96-105.
- Historie und Eigen-Sinn. Festschrift für Jan Peters, Weimar 1997.
- Jander, Martin/Voß, Thomas: Die besondere Rolle des politischen Selbstverständnisses bei der Herausbildung einer politischen Opposition in der DDR außerhalb der SED und ihrer Massenorganisationen seit den siebziger Jahren. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd VII,1 /Deutscher Bundestag (12. Wahlperiode), Baden-Baden 1995, S. 896-986.
- Jordan, Carlo/Kloth, Hans Michael (Hg.): Arche Nova. Opposition in der DDR. Das „Grün-ökologische Netzwerk Arche“ 1988-90. Berlin 1995.
- Klein, Thomas: Frieden und Gerechtigkeit. Die Politisierung der unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre. Köln, 2007.
- Knabe, Hubertus: Neue soziale Bewegungen im Sozialismus. Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3/1988, S. 551-569.
- Ders.: Was war die „DDR-Opposition“? Zur Typologisierung des politischen Widerspruchs in Ostdeutschland, in: Deutschland Archiv 2/1996, S. 184-198.
- Kneipp, Danuta: Im Abseits. Berufliche Diskriminierung und politische Dissidenz in der Honecker-Ära. Köln 2009.
- Kochan, Thomas: Den Blues haben. Momente einer jugendlichen Subkultur in der DDR. Münster 2003.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009.
- Ders.: Freiheit und Öffentlichkeit: Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989. Berlin 2002.
- Ders./Sello, Tom (Hg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos, Berlin 2006.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha/Teske, Regina: Unbekannter Widerstand. Politische Gegnerschaft in der DDR 1949 bis 1989, in: Deutschland Archiv 37(2005) 5, S. 839-845.

- Kraushaar, Wolfgang: Protest, Zivilcourage und ziviler Ungehorsam im geteilten Deutschland. Anmerkungen zu Chancen und Schwierigkeiten einer Protest-chronologie für DDR und BRD nach dem Nationalsozialismus, in: Horch und Guck, Heft 38 (2002), S. 1-6.
- Kulturland Brandenburg e.V. (Hg.): Bürgerland Brandenburg. Demokratie und Demokratiebewegungen zwischen Elbe und Oder. Leipzig 2009.
- Lebenswelt Revolution. Horch und Guck. Zeitschrift zur kritischen Aufarbeitung der SED-Diktatur, Heft 63, 1/2009.
- Lindner, Bernd: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90. Bonn 1998.
- Masuch, Susanne: Eberswalde – Portrait einer Stadt. Anomietendenzen, Ordnungsbewegungen und die Entwicklung einer Zivilgesellschaft. Frankfurt am Main 2006.
- Meyer, Gerd/Dovermann, Ulrich/Gugel, Siegfried (Hg.): Zivilcourage lernen. Analysen – Modelle – Arbeitshilfen. 2004.
- Miethe, Ingrid: Frauen in der DDR-Opposition. Lebens- und kollektivgeschichtliche Verläufe in einer Frauenfriedensgruppe. Opladen 1999.
- Neckel, Sighard: Waldleben. Eine ostdeutsche Stadt im Wandel seit 1989. 1999.
- Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Berlin 1997.
- Ders.: Unsere Revolution: Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008.
- Ders.: Die Opposition in den achtziger Jahren. In: Eppelmann, Rainer u.a. (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Paderborn 2003, S.180-187.
- Ders.: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Bonn 1998.
- Ders./Eisenfeld, Bernd (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR. Bremen 2001.
- Osten, Marion von: Norm der Abweichung. Zürich 2003.
- Pollack, Detlef: Politischer Protest: politisch alternative Gruppen in der DDR. Opladen 2000.
- Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczyk Ilko-Sascha (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung: Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR. Berlin 1995.
- Poppe, Ulrike: Widerstand – Opposition – Friedliche Revolution. In: Behrens, Heidi/ Paul Ciupke/Norbert Reichling (Hg.): Lernfeld DDR-Geschichte. Schwalbach/ Ts. 2009, S. 91-105.
- Prokop, Siegfried: 1956 – DDR am Scheideweg: Opposition und neue Konzepte der Intelligenz. Berlin 2006.
- Rauhut, Michael: Rock in der DDR. Bonn 2002.
- Ders./Kochan, Thomas (Hg.): Bye bye, Lübben City, Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR. Berlin 2004.
- Richter, Sebastian: Die Selbstlegitimation politischen Protests in der DDR 1985-1989. Berlin 2007.
- Rock! Jugend und Musik in Deutschland. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung. Berlin 2005.
- Roos, Alfred: Zivilcourage im Osten der Republik?! In: Meyer, Gerhard/Dovermann, Ulrich/Frech, Siegfried/Gugel, Günther (Hg.): Zivilcourage lernen. Analysen – Modell – Arbeitshilfen, S. 160-166.

- „Rote Socken“ und „nützliche Idioten“? Zur politisch-gesellschaftlichen Verortung der Dritte-Welt-Gruppen der DDR. In: Deutschland Archiv, 43. Jg., Heft 1, 2010, S. 60-66.
- Roth, Roland: Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40. 2001, S. 15-22.
- Rüchel, Uta/Klähn, Maria: „... aber wir hatten einen Traum“. Das Neue Forum in Schwerin 1989 – 1994. Schwerin 2009.
- Rüddenklau, Wolfgang: Störenfried: DDR-Opposition 1986-1989. Berlin 1992.
- Schlegelmilch, Cordia: „Wurzen beginnt mit W, das ist schon immer so gewesen.“ Zusammenleben in einer sächsischen Kreisstadt vor und nach 1989, Teil I: Methodische und theoretische Vorarbeiten einer empirischen Gemeindestudie. In: Bios, Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen, Heft 1/2004 (17. Jahrgang), S. 35-68.
- Dies.: Teil II: Empirische Ergebnisse einer ostdeutschen Gemeindestudie. In: Bios, Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen, Heft 1/2005 (18. Jahrgang), S. 48-94.
- Stawenow, Christoph: Warum ist Deutschland noch nicht zusammengewachsen? Zur Entstehung einer politischen Teilkultur in den neuen Bundesländern. In: Deutschland Archiv 2009, 42. Jg., Heft 5, S. 781-787.
- Subklew-Jeutner, Marianne: Der Pankower Friedenskreis. Geschichte einer Ost-Berliner Gruppe innerhalb der Evangelischen Kirchen in der DDR 1981-1989. Osnabrück 2004.
- Weiß, Peter Ulrich: Die den Stein ins Rollen brachten. Zum Beginn der Friedlichen Revolution 1989 in Potsdam. In: Kulturland Brandenburg e.V. (Hg.): Bürgerland Brandenburg. Demokratie und Demokratiebewegungen zwischen Elbe und Oder. Leipzig 2009, S. 58-65.
- Ders.: Oppositionelles Bürgerengagement in Potsdam im Herbst 1989. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 2/2010, S. 88-90.
- Wielgohs, Jan: DDR – regimekritische und politisch-alternative Akteure (1949-1990), in: Roth, Roland/Dieter Rucht (Hg.) Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Frankfurt/M. 2008, S.109-131.
- Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Berlin 2009.
- Wunnicke, Christoph: Fernziel Zivilgesellschaft. Die Selbstorganisation der kirchlichen Basisgruppen in der DDR, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin (ZdF), Heft 23 (2008).
- Wurschi, Peter: „Mir ist so langweilig!“ Jugend, Alltag und die sozialistische Provinz, in: Muhle, Susanne u.a. (Hg.): Die DDR im Blick. Ein zeithistorisches Lesebuch. Berlin 2008.
- Zimmer, Annette/Nährlich, Stefan (Hg.): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven. Opladen 2000.

# Der Kulturbund Altlandsberg

## Der Kulturbund Altlandsberg

### Stadtpflege und Umweltschutz unter dem Dach einer staatlichen Organisation

Altlandsberg, im brandenburgischen Landkreis Märkisch-Oderland gelegen, ist eine landwirtschaftlich geprägte Kleinstadt ca. 25 km östlich von Berlin. Ihre Einwohner/innenzahl stieg von ca. 3.000 in den 1980er Jahren durch Eingemeindungen und den Zuzug neuer Bewohner/innen hauptsächlich aus Berlin in den 90er Jahren auf heute ca. 8.700 an. Bis 1993 gehörte sie dem Kreis Strausberg und dem Bezirk Frankfurt/Oder an.

Zu Beginn der 1980er Jahre trat hier eine Gruppe von Personen in den bis dahin weitgehend ruhenden Kulturbund ein, um sowohl im Natur- und Denkmalschutz als auch im kulturellen Bereich und der Stadtpolitik aktiv zu werden und sich zugleich über den Kulturbund staatlicher Legitimation zu versichern. Nach der Friedlichen Revolution lösten sich 1990 der Kulturbund und auch diese Gruppe auf. Heute sind nur noch einige der damals Engagierten ehrenamtlich aktiv, z.B. im Heimatverein.

Für diese Fallstudie konnten ehemals und heute Aktive für Interviews gewonnen werden, darüber hinaus standen eine Vielzahl von Materialien aus dem persönlichen Besitz der Beteiligten zur Verfügung.

### Forschungssituation

Die Stadt Altlandsberg wird in der Literatur so gut wie nicht erwähnt. Es gibt derzeit eine Publikation zur Geschichte Altlandsbergs aus dem Jahr 2000 (Friske/Niedrich). Noch weniger lässt sich zum Kulturbund Altlandsberg finden. Dieser wird zwar in der oben genannten Publikation zwei Mal erwähnt, aber darüber hinaus existieren nur wenige Dokumente in der Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-DDR) und im Brandenburgischen Landeshauptarchiv (BLHA). Zum Kulturbund der 80er Jahre stehen größtenteils nur Materialien aus privatem Besitz eines ehemaligen Mitglieds zur Verfügung: Selbstdarstellungen, Protokolle, Plakate, Fotos, Zeitungsartikel sowie Unterlagen der BStU. Lediglich in einem Artikel von Christian Halbrock gibt es ein Foto, das ein Mitglied

des Kulturbundes gemeinsam mit Carlo Jordan bei einem „Fahrradkorso“ von 1983 zeigt, der auch – dank des Kulturbundes – durch Altlandsberg führte (Halbrock 1995).<sup>1</sup>

Das populärste Beispiel in Brandenburg von Bürger/innen, die sich bewusst dem Kulturbund anschlossen, um sich auf diese Weise staatlicher Legitimation zu versichern und umweltpolitisch Einfluss nehmen zu können, ist sicherlich die **Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung** (ARGUS) aus Potsdam. Gegründet 1988, beteiligte sie sich aktiv am Stadtgeschehen und verhinderte auf diese Weise weitere Abrisse in der Potsdamer Innenstadt.<sup>2</sup>

Zum Thema Opposition in Brandenburg sind durch Veröffentlichungen von Zierke (1992), Lorenz (1999), Nooke (2008), Weiß (2009) oder die lokale Presse (Märkische Oderzeitung 7./8.11.09) z.B. auch das Neue Forum in Strausberg, die Forster Oppositionsgruppe oder die Babelsberger Schmiede in Potsdam dokumentiert. Diese Beiträge beschreiben jedoch vor allem die Geschichte von Oppositionsgruppen in größeren Städten mit mehr als 26.000 Einwohner/innen. Die Fallstudie Altlandsberg hingegen betrachtet eine eigensinnige – und keine oppositionelle – Gruppe unter dem Dach einer staatstragenden Organisation in einer brandenburgischen Kleinstadt. Vergleichende Literatur zu diesen Schwerpunkten gibt es bisher nicht. Auch insgesamt steht die Erforschung von bürgerschaftlichem, nonkonformen Engagement in der DDR im Bundesland Brandenburg noch am Anfang.<sup>3</sup>

Ein anderes Beispiel für „Unterwanderung des Kulturbundes“ durch nicht-kirchliche Gruppen in anderen Bundesländern Ostdeutschlands wurde in der Literatur für Erfurt/Thüringen dokumentiert (Michelmann 2003). Aus Dokumenten in der SAPMO geht ferner hervor, dass es zu vergleichbaren Unterwanderungen in Sachsen durch Initiativen mit einem kirchlichen Hintergrund in Niesky, Zittau, Pirna und Seiffenhensdorf und außerdem in Mecklenburg-Vorpommern in Karbow, Bezirk Schwerin, gekommen ist (Bestand Kulturbund: DY 27 /6112).

---

1 Carlo Jordan war später Mitbegründer des „Grün-ökologischen Netzwerks Arche in der Evangelischen Kirche“ (kurz „Arche“), eines Umweltschutz-Netzwerkes, das 1988 zur Koordination oft isoliert voneinander arbeitenden Umweltgruppen und Umweltbibliotheken gegründet wurde.

2 „Mitglieder von ARGUS nehmen auch heute als Stadtverordnete, sachkundige Bürger und Beiratsmitglieder in verschiedenen Ebenen aktiv an der öffentlichen Meinungsbildung teil“ ([http://www.argus-potsdam.de/\[16.02.10\]](http://www.argus-potsdam.de/[16.02.10])).

3 Bezeichnend für eine unzureichende Aufarbeitung der DDR-Geschichte ist auch, dass Brandenburg das letzte ostdeutsche Bundesland war, das keine/n „Beauftragte/n zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur“ hatte und für dieses Amt nun Ulrike Poppe ernannte, die im Februar 2010 ihre Tätigkeit aufnahm.

## Der Kulturbund in der DDR

Mit dem Auftrag, eine Kulturorganisation für die Nachkriegszeit zu bilden und damit breite Schichten der Intelligenz zu erfassen, wurde am 3. Juli 1945 in Berlin der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ von Johannes R. Becher gegründet. Er präsentierte sich als interzonale, plurale und überparteiliche Sammlungsbewegung und gewann auch schnell Wirksamkeit und Anerkennung unter den Intellektuellen.

„Überparteilich sollte aber nicht unpolitisch heißen. Doch wer sich den Leitsätzen des Kulturbundes verpflichtete, fühlte sich zunächst frei von politischer, im Sinne von parteipolitischer Stellungnahme. Das war das Spezifische, das Besondere des Bundes“ (Dietrich 2002: 534).

Im November 1947 wurde der Kulturbund im amerikanischen und britischen Sektor Berlins und den westlichen Besatzungszonen verboten und sein Wirkungsbereich vor allem auf die östliche Zone beschränkt. Im gleichen Zeitraum begann seine Umwandlung zu einer Massenorganisation in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ). Diese war verbunden mit dem Zwang zur Aufnahme zahlreicher Interessengruppen in den Kulturbund, um ein unkontrolliertes Vereinsleben in der SBZ zu verhindern. Den damit verbundenen Zustrom neuer Mitglieder, die Verbreiterung des Kulturbundes betrachteten sowohl die alten als auch die neuen Mitglieder mit Skepsis. Überparteilichkeit und Pluralität wurden schrittweise aufgehoben. In den 70er Jahren dehnte die DDR den kulturellen Sektor aus.

„Die vielfältigen und heterogenen Interessengemeinschaften innerhalb des Kulturbundes erfuhren als Teil des kulturellen Volksschaffens eine Aufwertung. Sie traten aus ihrem bisherigen Schattendasein heraus und begannen, das Bild des Bundes in der Öffentlichkeit zu bestimmen“ (Dietrich 2002: 542).

Im Oktober 1972 änderte der VIII. Bundeskongress des Kulturbundes den Namen in „Kulturbund der DDR“. Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre ließ die SED-Führung auch die Bildung weiterer Gesellschaften zu wie zum Beispiel die Gesellschaft für Denkmalpflege (1977), die Gesellschaft für Heimatgeschichte (1979) oder die Gesellschaft für Natur und Umwelt (1980).

Der Kulturbund war keine von oben bis unten durchstrukturierte Organisation, was ihn von den anderen Massenorganisationen unterschied. Er war zwar auch nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut, aber seine Organisations- und Leitungsstrukturen blieben unübersichtlich und verwirrend, und seine feinverästelte Struktur eröffnete immer wieder eigene Spielräume (Dietrich 2002: 543, 553). Das höchste Organ war der Bundeskongress, die eigentlichen Schaltzentralen stellten die Bundes- und Landes- bzw. später die Bezirks- und Kreissekretariate dar. Die Basis wurde

in der Regel von Ortsgruppen, „Klubs der Intelligenz“ oder Hoch- und Fachhochschulgruppen gebildet.

„Insgesamt waren im Kulturbund die unterschiedlichen Basisgruppen selbständiger und die Diskrepanz zu den Leitungen größer als in vergleichbaren Verbänden. Gemessen an den anderen Parteien und Massenorganisationen der DDR war die Organisationsbindung der Kulturbundmitglieder äußerst schwach“ (Dietrich 2002: 544).

Der Kulturbund war eine Organisation der ehrenamtlichen Arbeit und der Freizeit. Da es die Gesetzgebung der DDR unmöglich machte, außerhalb der zugelassenen Strukturen unabhängige Vereine zu bilden, entwickelte sich der Kulturbund zu einer Dachorganisation, die sich auf die Beschäftigung mit Interessen und Hobbys orientierte. Deshalb konnte er auch weniger politisiert werden als andere Massenorganisationen der DDR und bot für seine Mitglieder unpolitische Nischen (ebd.).

Ende November 1989 trat die Führungsspitze des Kulturbundes zurück, im März 1990 stimmten die Delegierten auf einem außerordentlichen Bundeskongress mit großer Mehrheit für den Fortbestand der Organisation und änderten den Namen in „Kulturbund e.V.“ Bis heute existieren in allen ostdeutschen Ländern Länderorganisationen des „Kulturbund e.V.“, auch in Brandenburg.<sup>4</sup>

### *Umweltpolitische Gruppen unter dem Dach des Kulturbundes*

Seit Ende der 70er Jahre wuchs in der DDR die Zahl der Menschen an, die sich sowohl innerhalb als auch außerhalb staatlicher Massenorganisationen, dann oft unter dem Dach der Kirche, für Umweltschutz und gesellschaftliche Veränderungen engagierten. Gründe dafür waren mehrere umweltpolitische Entwicklungen in dieser Zeit wie zum Beispiel die zunehmenden Umweltprobleme in der DDR (die durch die SED verschwiegen wurden, aber für die Bevölkerung deutlich spürbar waren), vorbildliche Gesetzesvorschriften wie das Landeskulturgesetz, dem eine Knappheit an finanziellen und materiellen Mitteln entgegenstand, die Renaissance der Braunkohle aufgrund von Außenhandelsproblemen oder die Wahlerfolge der GRÜNEN in der BRD (Gerber 1999: 6).

Auf das damit zunehmende Interesse der Bevölkerung an aktivem Natur- und Umweltschutz reagierte das Politbüro mit der Gründung der Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) im Kulturbund der DDR, um die über den klassischen Naturschutz hinausgehenden umweltpolitischen Aktivitäten zu kanalisieren und somit besser lenken zu können. Dies gelang jedoch nur

---

4 Vgl. <http://www.kulturbund.de/index.brb.htm> (Abruf 27.3.09).



mit wenig Erfolg und lag „u.a. an der mangelnden Integrationsfähigkeit der GNU im Hinblick auf die politisch brisanten Gruppen, die es insbesondere in den ökologisch hoch belasteten Regionen der DDR gab und die vor allem Jugendliche ansprachen“ (Behrens et al. 1993: 71). Die Forderungen und Anschauungen der Umweltschutzgruppen,

„die sich in der Regel auf eine ökologisch orientierte Veränderung der Arbeits- und Lebensweise in der DDR, aber auch speziell auf eine Reformierung der GNU richteten, konnten von den überwiegend streng fachlich im Sinne des konservierenden Naturschutzes ausgerichteten Arbeitskreisen oder Fachausschüssen nicht in ihre speziellen Anliegen und Arbeitsformen integriert werden“ (ebd.).

So gründeten sich ab Mitte der 80er Jahre umweltpolitische Gruppen wie die Interessengemeinschaften (IG) Stadtökologie im Kulturbund auf örtlicher Ebene, die sich zunehmend für die „Ökologisierung“ und Demokratisierung politischer Entscheidungsprozesse einsetzten (wie z.B. ARGUS). Die Entwicklung dieser Gruppen wurde von den Staatsorganen aufmerksam verfolgt. Da sie mit ihren Anschauungen und Zielen gegen staatliche Normen und ideologische Vorgaben verstießen, sahen sich die IGs, ähnlich den unter dem Dach der Kirche agierenden Gruppen, mit Bespitzelungen, Restriktionen, Schikanen und Verboten konfrontiert (Gerber 1999: 17; Behrens et al. 1993: 70). Gerber bezeichnet sie als „einzigen Versuch einer Basisarbeit von Parteioppositionellen und unabhängigen Intellektuellen (...) im Rahmen des staatsnahen Kulturbundes“ (1999: 16).

Im Februar 1990 entstand unter maßgeblicher Beteiligung der IG Stadtökologie das ökologische Netzwerk „Grüne Liga“. Es erhielt Sitz und Stimme am Zentralen Runden Tisch in Berlin. Heute konzentrieren sich ihre Projekte auf die neuen Bundesländer ([www.grueneliga.de](http://www.grueneliga.de) [23.2.10]).

Dies zeigt, dass nicht nur eigensinnige, sondern sogar oppositionelle Gruppen innerhalb von staatsnahen Organisationen entstehen und agieren konnten, maßgeblich am politischen Umbruch beteiligt waren und ihr Engagement darüber hinaus fortführten. Bis auf die IG Stadtökologie ARGUS aus Potsdam sind dazu bisher jedoch keine weiteren Beispiele für das Land Brandenburg dokumentiert.

## Die Kommune

Die um 1230 gegründete Stadt Altlandsberg war zunächst eine slawisch-deutsche Siedlung, dann markgräfliche Burg der Wettiner, später eine privilegierte Stadt mit einem Servitenkloster und die erste Siedlung französischer Hugenotten. Sie war Landsitz von Otto von Schwerin, auf dessen Schloss

auch Friedrich I. seine Kindheit verbrachte. Besonderheiten, die das Stadtbild und die Umgebung bis in die Gegenwart prägen, sind die ringförmige Stadtmauer, zwei Tortürme, Wallanlagen, Wiesen und Auen. Im Stadtkern befinden sich Bürgerhäuser aus dem 18. und 19. Jahrhundert, die Stadtkirche aus dem Jahr 1250 und die 1662 eingeweihte Schlosskirche. Aufgrund dieses historisch weitgehend erhaltenen Altstadtkerns ist Altlandsberg seit 1992 (Gründungs-) Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen“ des Landes Brandenburg.

Eines der einschneidenden Ereignisse der neuzeitlichen Geschichte Altlandsbergs war die Bodenreform von 1945 (Friske/Niedrich 2000: 141 ff.). Die Durchführungsanweisung der von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Provinzialregierung Brandenburg erlassenen Gesetze betraf in Altlandsberg die Enteignung von Grundbesitz über 100 ha Land, vom gesamten Besitz ehemaliger aktiver Nationalsozialisten und SS-Angehöriger sowie von Produktionsbetrieben. Es wurden u.a. enteignet: die Domäne mit Vorwerk, 6 von 31 Bauernwirtschaften, die Sägewerke, eine Metallwarenfabrik sowie die Mühlen und Brennereien. Nachdem dafür zunächst Verwalter eingesetzt wurden, folgten daraufhin die Neuverteilung des Bodens und die Aufsiedlung. Insgesamt kamen 1185 ha Land zur Verteilung, begünstigt waren ansässige landarme Bauern und Bäuerinnen, Domänen-, Guts- und Landarbeiter/innen sowie Flüchtlingsfamilien. Die Standortvergabe erfolgte durch Losentscheid, sie wurde durch Grundbucheintrag sowie Grenzsteinsetzung manifestiert. Die bäuerlichen Familienbetriebe im Stadtbereich führten die Bewirtschaftung zunächst weiter. Aufgrund struktureller und technischer Voraussetzungen wurde Altlandsberg jedoch bald Vorreiter für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft auf genossenschaftlicher Basis, mit intensiver Großflächenbewirtschaftung und Großtierhaltung sowie mit zentralem Landmaschinendepot. So entstand hier die erste Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) ihrer Art im Kreis Niederbarnim, die im Juli 1952 gegründet wurde. Ab 1960 war Altlandsberg mit allen verbliebenen Bürger/innen vollgenossenschaftlich. Mitte der 60er Jahre wurde damit begonnen, Altlandsberg zum bedeutendsten Landwirtschaftszentrum des Kreises zu entwickeln, worauf sich schließlich alle Investitionen, Bautätigkeiten und Belieferungen konzentrierten. „Die sozialistische Landwirtschaft wurde für die Stadt jahrzehntelang in allen gesellschaftlichen Bereichen struktur- und entwicklungsbestimmend“ (Friske/Niedrich 2000: 143).

Nach 1990 gingen Viehzucht und Landwirtschaft stark zurück, es entstanden neue Firmen, v.a. im Bereich Straßen- und Tiefbau, Baugewerbe, Transport und Logistik. Darüber hinaus gibt es heute eine Vielzahl von

Kleingewerbetreibenden, und auch der Tourismus spielt mittlerweile eine kleine Rolle. Die Arbeitslosenquote in 2004 betrug ca. 16 Prozent<sup>5</sup>.

Altlandsberg besitzt ein reges Vereinsleben. Der größte und älteste Verein im Ort, der Männerturnverein (MTV) 1860 Altlandsberg e.V., der im Jahre 2004 ca. 650 Mitglieder zählte, ist einer der ältesten Vereine im Land Brandenburg.<sup>6</sup> Auch die Freiwillige Feuerwehr spielte und spielt immer noch eine große Rolle als Ort des sozialen und kulturellen Engagements sowie als Träger der Kontakte zwischen den Generationen. Weitere Einrichtungen, die das soziale und kulturelle Leben in Altlandsberg bereichern, sind das Haus der Generationen, das vom Internationalen Bund (IB) betriebene Gutshaus, das als Sitz der LPG-Verwaltung gedient hatte und im Jahre 2005 saniert wurde, oder der Verein Helfen – Hilft e.V. Dieser gibt Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs an sozial schwache Menschen weiter und bietet ihnen Unterstützung im alltäglichen Leben<sup>7</sup>.

Die Stadtverordnetenversammlung von Altlandsberg besteht aus 18 Stadtverordneten sowie dem hauptamtlichen Bürgermeister. Im Ergebnis der Kommunalwahlen im September 2008 setzte sich das Stadtparlament wie folgt zusammen: SPD (6 Sitze), Bürgerfraktion (5 Sitze), Die Linke (4 Sitze) und CDU (3 Sitze)<sup>8</sup>.

## Der Kulturbund in Altlandsberg

Nach 1945 war die Belebung von Kultur und Bildung nach der Versorgung dringendstes gemeinsames Anliegen von Militär- und Zivilverwaltung. So wurde nach Wiederinbetriebnahme des Kinos und der Stadtbibliothek im Frühjahr 1946 die Wirkungsgruppe Altlandsberg des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ gegründet (SAPMO-DDR: SgY30: 2076). Sie organisierte Theater-Aufführungen, Operetten- und Konzert-Gastspiele, Tanzveranstaltungen in den drei großen Sälen der Stadt sowie Vorträge, Lesungen und Ausstellungen. Die letzte Veranstaltung dieser Zeit ist für den 22. Februar 1950 datiert (BLHA: Rep. 8 Altlandsberg: 2108), danach sind keine weiteren Ankündigungen der Wirkungsgruppe mehr überliefert. Erst im Januar 1965 wurde durch Unterstützung des Kreiskulturbundes wieder ein „Klub der Intel-

---

5 [http://www.stadtmagazinverlag.de/orte/altlandsberg04/interview\\_buergermeister.htm](http://www.stadtmagazinverlag.de/orte/altlandsberg04/interview_buergermeister.htm) (Abruf 13.07.09).

6 <http://www.stadtmagazinverlag.de/orte/altlandsberg04/streifzug.htm> (Abruf 13.07.09).

7 <http://www.qype.com/place/10659-Helfen-Hilft-e-V-Strausberg> vom 13.07.06 (Abruf 18.08.09).

8 [http://stadtverwaltung-altlandsberg.de/portal\\_politik\\_stadtparlament.html](http://stadtverwaltung-altlandsberg.de/portal_politik_stadtparlament.html) (Abruf 14.07.09).

lizenzen“ in Altlandsberg gegründet, um „durch wissenschaftliche Vorträge das geistige und kulturelle Leben in den verschiedenen Schichten der Bevölkerung zu entwickeln“ (BLHA: Rep. 8 Altlandsberg: 2392). Weitere Informationen, auch zum Kulturbund in den folgenden Jahren, existieren jedoch nicht.

Erst zu Beginn der 80er Jahre wurde die Ortsgruppe Altlandsberg des Kulturbundes, die zu diesem Zeitpunkt nur aus ruhenden Mitgliedern bestand, wieder aktiv. Da sich in dieser Zeit die Investitionen der Stadt vor allem auf die LPG konzentrierten, schritt der Verfall von Wohnbausubstanz und Gehöften sowie Geschäfts- und Gewerberäumen im historischen Stadtkern immer weiter voran; die Bewohner/innen hielten ihre Wohnhäuser „überwiegend durch Eigenleistungen in Feierabendarbeit“ (Friske/Niedrich 2000:149) instand. Zeitgleich wurde durch das Wohnungsbauprogramm 1983 außerhalb der Stadtmauern ein neues Wohngebiet mit 120 Einheiten in Plattenbauweise erschlossen, und im Siedlungsumfeld der Stadt entstanden neben Einfamilienhäusern einige Wochenendsiedlungen und zahlreiche Sommerhäuschen. „Altlandsberg wurde zum begehrten ‚Datschen-Standort‘ und hatte zeitweise mehr Wochenendberliner zu Gast als Einwohner“ (Friske/Niedrich 2000: 150).

## Die Gruppe und ihre Entwicklung

Die Entstehung der Gruppe begann Ende der 1970er Jahre. Der bildende Künstler Werner E. erhielt eine Anfrage aus dem Rat des Kreises, ob nicht der brachliegende Kulturbund angesichts einer anstehenden Jubiläumsfeier neu belebt werden könne. Das Ehepaar Werner und Marianne E. sowie dessen Freund Gerhard B., die entschlossen waren, dem sehr schlechten Zustand der Altstadt, der Denkmäler und der Grünanlagen in Altlandsberg etwas entgegenzusetzen und im Umwelt- und Denkmalschutz aktiv zu werden, nahmen diese Anfrage in ihrem Sinne auf. Da ihnen bewusst war, dass sie ihre Ziele nur als Gruppe und nicht als Einzelpersonen verfolgen könnten, traten sie in den Kulturbund ein, um unter dem sicheren Dach einer staatstragenden Organisation tätig zu werden. Auf diese Weise bestand außerdem die Möglichkeit, finanzielle Unterstützung durch die Stadt für ihre Vorhaben zu erhalten.

*Wenn wir uns nicht als Gruppe zusammengeschlossen hätten, hätten wir in diesem Ort nichts bewirken können. Wenn wir diesen Bund nicht gegründet hätten, dann hätten wir überhaupt kein Mitspracherecht gehabt* (Marianne E.).

„Wir wollten nicht nur reden, wir packten einfach an und veränderten etwas“, ist ein Satz, der sich in Variationen durch die Interviews aller vier Befragten zieht.

Gleichzeitig begannen die Gründungsmitglieder, zum Beispiel beim Sport in der Freizeit, gezielt andere Personen anzusprechen und zu Gerhard B.

einzuladen, in dessen Wohnung sich am Freitagabend immer ein Kreis von Freund/innen traf.

*Und vielleicht '74 haben wir durch Tischtennis uns eigentlich kennen gelernt, unser ganzer Kreis. Marianne hat mich mal angesprochen z.B., willst du nicht mal mitkommen, hier ist ja eine Tischtennisgruppe, im Klubhaus war das damals und da haben wir uns getroffen und da haben wir dann immer schon überlegt, Mensch was könnte man hier machen für den Ort. Und Klaus z.B., den haben wir dann kennen gelernt durch Tischtennis, da war ein Turnier und da hat Gerhard zu mir gesagt, geh doch mal hin und frag doch mal Herrn N., ob der nicht auch zu uns kommen will und dann bin ich hin und hab dann: Wollen Sie nicht (lacht). Klaus hat dann auch gleich gesagt, ja, und ist dann auch gekommen und dadurch haben wir ja immer in der Freitagrunde zusammen gegessen und dann wurde auch viel diskutiert über die Verhältnisse hier schlechthin (...)* (Birgit F.).

Aus diesem Freitagabend-Kreis traten dann wieder neue Mitglieder dem Kulturbund bei. Die Werbung neuer Mitglieder erfolgte also in zwei Schritten: zunächst die persönliche Ansprache, beispielsweise beim Sport, als Einladung zur Freitagabend-Runde, sodann die Ermunterung zur Beteiligung an der Kulturbundgruppe. Auf diese Weise erfuhr zu Beginn der 1980er Jahre die Ortsgruppe des Kulturbundes eine Wiederbelebung, was von einem Interviewpartner auch als *Unterwanderung* oder *Trojanisches Pferd* bezeichnet wird (Klaus N.). *Die hatten sich natürlich gefreut, dass sie neue Mitglieder bekommen, wussten aber nicht, was sie sich da ins Nest gesetzt hatten* (Klaus N.). Nachdem der langjährige Vorsitzende S. durch die neuen Mitglieder abgewählt wurde, sollte ursprünglich der Stellvertretende Vorsitzende Werner E. Vorsitzender des Kulturbundes werden. Da dieser aber bei der Kommunalwahl 1979 alle Kandidat/innen auf der Liste der Nationalen Front gestrichen, damit offiziell ungültig gewählt hatte und dieser Umstand an die entsprechenden Stellen bei der Stadt und der Kreiskulturbundleitung weitergeleitet wurde, konnte er dieses Amt nicht übernehmen (Marianne E.). Daraufhin wurde ein Mann Vorsitzender des Kulturbundes Jürgen G., der SED-Genosse und angehender Staatsanwalt war<sup>9</sup>. Konflikte mit den „alten“ Mitgliedern bei der „Übernahme“ gab es hierbei keine.

---

9 Jürgen G. war eine ambivalente Person. Er gehörte zwar nicht dem Freitagabend-Freundeskreis an, fühlte sich den Mitgliedern aber anscheinend freundschaftlich verbunden und war an den Projekten aktiv beteiligt. Gleichzeitig vertrat er jedoch die Linie der Partei und war darüberhinaus, wie sich später zeigte, IM der Staatsicherheit. Die Interviewten schreiben ihm heute sogar eine gewisse Schutzfunktion zu, indem er Inhalte und Beteiligte DDR-kritischer Diskussionen nicht weiterleitete oder einfach aus dem Raum ging, wenn es zu solchen Diskussionen kam.

*Aber die waren froh, dass wieder neue Mitglieder dazu stießen und wir haben dann aber gesagt, wir gründen dann ... also es war wie eine Wiedergründung, eine Neugründung sozusagen, eine Wiederbelebung der Ortsgruppe mit, ich glaube, S. als Vorsitzendem, der aber dann nach kurzer Zeit ... weil wir festgestellt haben, er war überhaupt nicht aktiv, er stand nur auf dem Papier, er hatte sich auch nicht beteiligt an dem, was wir machen wollten, und er und A. wollten natürlich auch eher Kultur und mehr in diese Richtung gehen, haben aber da auch nie was auf die Beine gestellt bekommen. Und der wurde dann, das hatten wir uns dann alle ausgedacht, abgewählt, der S. Und dann kam der G., der damals noch nicht Staatsanwalt war, der noch beim Studium war, glaube ich, wurde dann Vorsitzender (Klaus N.).*

*S. und A. waren nicht die Leute, die jetzt gesagt haben, wir spucken in die Hände. Die haben sich mehr im Reden gefallen, so wie wir früher, bloß wir haben dann irgendwann mal gesagt, was soll alles Reden, wir machen jetzt mal einfach etwas und sie blieben in dieser Sache hängen. Ich meine, der A. hat einen Singeklub geleitet, und der hat sich sicherlich so gesehen, okay, war gut und S. war sicherlich nicht der Typ, der da jetzt mitmachen wollte so praktisch (Gerhard B.).*

Der Kern der Gruppe bestand aus fünf bis acht aktiven Frauen und Männern. Bei manchen Aktionen wuchs die Zahl der Beteiligten auf 20 Personen, die vor allem dem Freitagabend-Freundeskreis angehörten, an. Das Geschlechterverhältnis war ausgewogen, wobei die führenden Rollen von Männern eingenommen wurden: Der Vorsitz durch Jürgen G., der Stellvertretende Vorsitz durch Werner E. und die Rolle desjenigen, der die meisten Projekte initiierte und die anderen Beteiligten motivierte, durch Gerhard B. Die Funktion der Kassiererin hatte Marianne E. inne. Als Berufsgruppen waren vertreten: Lehrer und Lehrerinnen, ein Archivar, ein Künstler, ein Staatsanwalt und ein Ingenieur, also vor allem Akademiker/innen. Das Alter der Beteiligten lag zwischen Ende 20 und 40 Jahren.

Die Aktivitäten der Gruppe konzentrierten sich hauptsächlich auf Umweltschutz, z.B. das Anzeigen von Gesetzesverletzungen, die vorrangig durch die LPG verursacht wurden, auf das Anlegen und die Pflege von Grünanlagen sowie auf die Behebung von Verkehrsproblemen der Stadt. Zum anderen bezog sich das Engagement auf die Denkmalpflege, z.B. die Instandhaltung der Stadtmauer und der beiden Tortürme. Darüber hinaus umfassten die Aktivitäten aber auch kulturelle Veranstaltungen wie Fotoausstellungen, Film- und Dia-Abende oder das Engagement für den Erhalt des Kinos. Sie führten ihre eigenen Weihnachtsfeiern durch und trafen sich jedes Jahr zu einem Osterspaziergang.

Geplant und kommuniziert wurde auf persönlichem Wege, bei der Freitagabend-Runde, bei Feiern im Freundeskreis oder bei den Arbeitseinsätzen des Kulturbundes. Einladungen und Ankündigungen für Filmabende oder Ausstellungen wurden zum Beispiel als Plakate oder Collagen in Eigenregie angefertigt und in der Stadt ausgehängt. Des Weiteren berichtete die Gruppe über ihre Arbeit in Artikeln im „Neuen Tag“, der damaligen Lokalzeitung.<sup>10</sup> Das größte Projekt, an dem Gruppenmitglieder über mehrere Jahre intensiv arbeiteten, war die Restaurierung des Berliner Torturmes. Aber diese Arbeit überstieg eigentlich die Kräfte und Kompetenzen der Mitglieder, die alle ihrer beruflichen Tätigkeit nachgingen und außerdem Laien auf dem Gebiet Restauration waren.

*Die Sanierung des Berliner Turmes als nächstes großes Projekt, das war etwas, was normalerweise eine mittelständische Baufirma hätte machen müssen, und wir waren ja mehr oder weniger Ungelernte, zwar engagiert und aktiv, aber vom Mauern und Steine klopfen keine Ahnung, von der Statik und dergleichen mehr, vom Ringanker und was da alles war. Der einzige, der da Ahnung hatte, war Gerhard, und das war es dann auch (Klaus N.).*

*Es ging ja nachher erst mal richtig mit dem Turm los. Es war natürlich auch ein Projekt, das eigentlich unsere Kräfte überfordert hat, würde ich schon sagen ... ich habe meine ganze, meine ganze Zeit, Urlaub, alles in diese Arbeit hier reingesetzt, nachher mit dem Turm. Die Abende, wo ich nicht am Turm war, kannst du zählen, die gibt es kaum (...) wir waren ja Laien. Ich war zwar derjenige, der vom Bauen direkt Ahnung hat, aber in Bezug auf Denkmalspflege, wir haben ja (...) Fehler gemacht (Gerhard B.).*

Darüber hinaus war die Gruppe ab 1984 in der Stadtpolitik aktiv, vertreten durch zwei eigene Abgeordnete in der Stadtverordnetenversammlung (SVV). In ihrem Selbstverständnis bildeten sie hier eine Opposition im Sinne einer Gegenstimme gegenüber der Mehrheitsmeinung innerhalb der SVV.<sup>11</sup> Zur Durchsetzung ihrer Forderungen und Ziele nutzten die Gruppenmitglieder beispielsweise Gesetzestexte wie das Landeskulturgesetz, sie schrieben Eingaben oder sie sandten kritische Artikel an die Zeitung, ohne vorher beim Bürgermeister eine Eingabe gemacht zu haben, welches der übliche, vorgeschriebene bürokratische Weg gewesen wäre. Sie forderten ihre in der Verfassung der DDR festgeschriebenen Rechte auf Mitbestimmung ein und gerieten dadurch zeitweilig in Konflikt mit der Staatspartei, die für sich beanspruchte, dass alle politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten von ihr auszugehen haben.

---

10 Aus ihr ging später die heutige „Märkische Oderzeitung“ hervor.

11 Nicht gemeint ist hier „Opposition“ im Sinne von „gegen den SED-Staat gerichtet“.